

# DGB nimmt Stadt in die Pflicht

## Arbeitnehmervertreter benennen Ziele kommunaler Wirtschaftsförderung

Von unserem Redaktionsmitglied  
Rupert Hustedede

Eine „innovative Arbeitswelt“ muss für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) das Kerngebiet der Wirtschafts- und Strukturpolitik sein. Zum gestrigen „Tag der Gewerkschaften“ formulieren der Karlsruher DGB-Chef Dieter Bürk und Angel Stürmlinger, der Erste Bevollmächtigter der Industrie-Gewerkschaft (IG) Metall Karlsruhe, ihre Forderungen an die kommunale Wirtschaftsförderung. In dem Positionspapier des Karlsruher DGB und seiner Einzelgewerkschaften, das gestern bei einem Empfang im Verdi-Haus vorgestellt wurde, werden die Ziele „zukunftsfähiger Sozialstaat“ und „wirtschaftliche Innovationen“ als gut miteinander vereinbar dargestellt.

Die Karlsruher Gewerkschafter wollen sich deshalb „in Zukunft verstärkt in die Debatten um die kommunale Wirtschaftsförderung einmischen“, sagt ihr Vorsitzender Dieter Bürk. „Die Gewerkschaften sind ein kompetenter, aber auch kritischer Partner in Fragen der Wirtschafts- und Strukturpolitik in der Technologieregion Karlsruhe“, bekräftigt er.

In seinem Papier hat der DGB-Stadtverband sechs für ihn zentrale Positionen „zu einer innovativen Arbeitswelt im fortschreitenden Strukturwandel“ herausgearbeitet: „Innovative Arbeitswelt muss das Prinzip von guter Arbeit als Grundlage haben“, lautet die zentrale Forderung. Nur mit der entsprechenden Qualität der Beschäftigungsverhält-

nisse hat der Wirtschaftsstandort „Technologieregion Karlsruhe“ demnach die Chance, die Arbeitswelt ständig nachhaltig zu modernisieren und sich in der Konkurrenz der europäischen Regionen zu behaupten.

„Beschäftigungswirksame Industriepolitik ist ein Grundpfeiler des gesellschaftlichen Wandels“, lautet die zweite

### Hintergrund

Mit ihrem Positionspapier zur aktuellen Gesellschaftspolitik beziehen sich die Karlsruher Gewerkschafter auf die Ursprünge des DGB. „Nicht der Wille zur Macht hat die Gewerkschaften bestimmt, sondern vor allem die Erkenntnis, dass der politischen Demokratie die wirtschaftliche Demokratie zur Seite gestellt werden muss“. Diese Worte stammen von Hans Böckler, dem ersten Vorsitzenden des DGB.

Auch 65 Jahre nach Gründung des DGB seien Böcklers Worte „Inspiration und Motivation für mehr als sechs Millionen Gewerkschafter“. Der „Tag der Gewerkschaften“ erinnert an die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbunds am 13. Oktober 1949. Dabei feiert der DGB „die sozial- und wirtschaftspolitischen Errungenschaften der deutschen Gewerkschaftsbewegung“.

These. Damit erinnert der DGB an den volkswirtschaftlichen Nutzen eines Wachstums, das auch neue Arbeitsplätze schafft.

„Hightech und Handwerk sind kein Gegensatz“, betonen drittens die Interessenvertreter der Arbeitnehmerschaft. Damit will man die beiden Trümpfe des Standorts – das KIT, die anderen Hochschulen und die besondere Stärke der Hightech-Branche in der Fächerstadt sowie die Bedeutung des Mittelstands – für die „innovative Arbeitswelt“ gemeinsam stechen lassen.

„Bildung und Betreuung für alle in allen Phasen des Lebens ermöglichen“, heißt die vierte Maßgabe des DGB. Gilt doch die Qualifizierung der Arbeitnehmer ebenfalls als einer der großen Standortvorteile der Fächerstadt im europäischen wie im deutschen Vergleich.

„Die Inklusion am Arbeitsplatz, in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen soll gestärkt werden“, betonen Bürk, Stürmlinger und ihre Kollegen. Mit dieser fünften Forderung machen sich die Karlsruher Gewerkschafter auch für die möglichst vollständige Integration behinderter Menschen stark.

„Die Flächenvergabe muss an soziale und beschäftigungspolitische Kriterien gebunden werden“, erklärt der DGB in seiner sechsten Maßgabe für die Wirtschafts- und Strukturpolitik. Damit setzt man sich für einen hohen Anspruch bei der Ausweisung von Gewerbeflächen ein. Nicht jeder Investor dürfe demnach von der kommunalen Wirtschaftsförderung und vom Gemeinderat willkommen geheißen werden.